

ANSPRÜCHE VON KINDERN

temporäre Bedarfsgemeinschaft nach Hartz IV

Das Bundessozialgericht hat unter dem 14. Dezember 2021 zum Geschäftszeichen B 14 AS 73/20 R ein wegweisendes Urteil zur temporären Bedarfsgemeinschaft gefällt. Die Kläger des Verfahrens, im streitigen Zeitraum 11- und 14-Jährige lebten überwiegend im Haushalt der Mutter. Die Eltern waren seit 2012 geschieden. Es bestand die gemeinsame Sorge. Umgang fand gemäß Umgangsvereinbarung beim Vater an jedem 2. Wochenende von Freitag bis Sonntag und während der Hälfte der Ferien statt. Die Kläger erhielten auch Kindergeld und der jüngere Kläger auch Unterhaltsvorschuss. Beide Eltern bezogen Leistungen nach dem SGB II von demselben Jobcenter. Das beklagte Jobcenter erfuhr vom regelmäßigen Aufenthalt der Kläger beim Vater und machte die Konkretisierung der Umgangstage geltend. Die Bewilligung des Sozialgeldes wurde gemäß § 48 SGB X teilweise aufgehoben. Ein Anspruch auf Sozialgeld bestehe während des Aufenthalts beim Vater bei der Mutter nicht. Während des Aufenthalts beim Vater wurde jedoch anteilig Sozialgeld bewilligt. Die Kläger machten geltend,

dass ihr Existenzminimum im Hinblick auf die Kürzung des Sozialgerichts bei ihrer Mutter gefährdet sei. Es fielen weitere Kosten für Strom, Hausratsbekleidung und Lebensmittel an. Aus dem Verbot der Reduzierung der Kosten der Unterkunft während ihrer Abwesenheit folge auch das Verbot einer Aufteilung des Sozialgeldes. Durch das Sozialgericht wurde die Klage abgewiesen. Durch das Landessozialgericht wurde die Berufung ebenfalls zurückgewiesen. Die Revision wurde zugelassen. Es sei bereits fraglich, ob nach § 48 SGB X hätte aufgehoben werden können wegen einer wesentlichen Änderung der Verhältnisse. Da eine Umgangsvereinbarung vorlag, hätte nicht vorläufig bewilligt werden müssen, sodass § 45 SGB X wegen bestehender anfänglicher Rechtswidrigkeit als Rechtsgrundlage in Betracht käme.

Der Senat hat letztlich offen gelassen, ob die Leistungen, wie vom Beklagten angenommen, rechtswidrig zu hoch bewilligt worden sind. Offen bliebe ins-

weit, ob den Klägern Mehrbedarfe, auch durch den Aufenthalt in zwei Bedarfsgemeinschaften, zu decken wäre. Das BSG ging ebenfalls davon aus, dass die Kläger für die Zeit ihres Aufenthalts bei ihrem Vater keinen Anspruch auf Regelbedarf als in Bedarfsgemeinschaft mit ihrer Mutter lebenden Personen haben. Ob eine dem Grunde nach berechnete Aufhebung der Höhe nach Bestand haben könne, sei jedoch eine Frage der Leistungsansprüche auf Sozialgeld insgesamt. Diese Prüfung sei nachzuholen. Das Sozialgeld umfasse den Regelbedarf, Mehrbedarf und dem Bedarf für Unterkunft und Heizung. Welche konkreten Ansprüche die Kläger auf Regelbedarf haben, richte sich danach, an welchen Tagen sich diese jeweils in Hauptteil des Tages bei ihrer Mutter aufhalten haben (in der Regel mehr als 12 Stunden). Der Regelbedarf decke nur den Bedarf für den regelmäßigen Lebensunterhalt ab. Für den Fall, dass bei der Zugehörigkeit eines Kindes zu 2 BGs in einem der

Haushalte nachgewiesenermaßen auch Mehrbedarfe wegen des wechselnden Aufenthalts entstehen, komme ein solcher in Betracht. Welche besonderen, umgangsbedingten Bedarfe angefallen sein könnten, habe das LSG noch festzustellen. Das LSG habe lediglich allgemein ausgeführt, dass eine Vielzahl der aus der Regelleistung zu finanzierende Bedarfe blieben, wie Kleidung, Haushaltsgeräte, Möbel, Grundgebühren usw.. Feststellungen zu den konkreten Positionen seien daher nachzuholen. Wegen der Besonderheiten der durch das

Leben in zwei Bedarfsgemeinschaften ausgelösten Bedarfslagen sei nicht ausgeschlossen, dass der konkrete finanzielle Aufwand über das hinausgehe, was als Kind spezifischer regelmäßiger Bedarf mit dem Regelbedarf abzudecken ist.

Ein entsprechender Mehrbedarf wird durch das örtliche Jobcenter in der Regel nicht bewilligt. Unter Bezugnahme auf dieses Urteil wäre ein entsprechender Mehrbedarf daher ggf. durchzusetzen. Dies im Rahmen eines Widerspruchs- und ggf. Klageverfahrens. Angesichts der Komplexität der Sach- und Rechtslage ist es daher stets empfehlenswert fachanwaltlichen Rat einzuholen.

Marc Quintana Schmidt

Rechtsanwalt Marc Quintana Schmidt

Tätigkeitsschwerpunkte:

- Strafrecht
- Erbrecht
- Verkehrsrecht

Interessenschwerpunkte

- Mietrecht
- Verwaltungsrecht

Fachanwalt für Familienrecht
Fachanwalt für Arbeitsrecht
Fachanwalt für Sozialrecht



Kanzlei:
Kiebenhieberstraße 2a
18439 Stralsund

Telefon: 03831-66 68 51, -66 68 52 – Fax: 03831-66 68 53
Funk: 0170-9 04 31 00 – email: marc.quintana@web.de

Sprachkenntnisse spanisch, türkisch

Produkte Räume Service Wir machen aus jedem Raum ein Zuhause.

ER IST WIEDER DA "DE RABATTBÜDEL"

Die Lieblingsaktion unserer Kunden:

Jedes Los gewinnt! Mit etwas Glück zahlt Ihr gar nichts! Vom 05.09. – 10.09.22 ist "DE RABATTBÜDEL" voll mit Rabattlosen von 2% bis 100%.

"Bei uns ist alles wie früher:
Ehrliche Preise, ehrliche
Aktionen, gute Beratung und
viel Service."



1. Einkaufen!
2. Los ziehen!
3. Rabatt abziehen!

"DE Rabattbüdel!"
Dein Erlebniseinkauf!

Von 2% bis 100%
ist alles möglich! Mit ein
wenig Glück zahlt Ihr
für Eure neuen Möbel
gar nichts!



Dienstleistungen rund
ums Haus!

HOCO
service

Mehr als Service!

Die Fahrten vom Wohnort
zu HOCO werden mit 30
Cent/Kilometer bei Kauf,
verrechnet!

Teamwork!

Für eine freundliche
Beratung, Planung,
Lieferung & Montage
ist unser Team für Dich da.

Öffnungszeiten
Mo. - Fr. 10.00 - 18.00 Uhr
Samstag 10.00 - 16.00 Uhr

HOCO | Möbelhaus SCHICK DRIN
Unser Herz schlägt für Qualität und ein
herzliches Miteinander – dies ist der Leitfaden,
nach dem wir arbeiten. www.hoco-moebel.de



HOCO | Service
SCHICK DRAUSSEN
Tel. 038306 -239710
www.hoco-service.de

Kurzer Weg 1
18573 Samtens
Tel. 038306 - 23970

